

## HAUPTTHEMEN

### EUROPA

» Was ist uns Europa wert?

### KREISVERBAND

» Kommunalwahl 2020

### BUND

» Coronavirus mit Solidarität und Pragmatismus begegnen

## GRUSSWORT

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder, ein Thema überlagert derzeit einfach alles: Das Coronavirus. Momentan arbeiten wir mit Hochdruck daran, die Verbreitung zu verlangsamen. Dies mit verschiedenen Instrumenten - von einfachen Hygiene-Regeln bis hin zu Maßnahmen für mehr „soziale Distanz“.

Aufgrund der zunehmenden Fallzahlen und des schnellen Wachstums wurden die Maßnahmen auch weitreichender. Immer mit dem Ziel vor Augen die Gefahr der Überlastung unseres Gesundheitssystems zu minimieren. Zeit zu gewinnen, die unsere Krankenhäuser benötigen, ihre Kapazitäten für Intensivpflegebetten enorm zu vergrößern. Ja, hier in Deutschland haben wir großes Glück, dass eine im weltweiten Vergleich sehr hohe Ausstattung mit Intensivbetten vorliegt. Aber auch diese wär schnell überlastet, wenn sich das Coronavirus ungehindert weiter verbreiten hätte können.

Daher haben auch wir, schon bevor die Fallzahlen leider deutlich kletterten, entschieden, unsere Kreisvertreterversammlung zu verschieben. Gerne hätten wir Ihnen unser schlagkräftiges Team vorgeschlagen und hätten so gemeinsam den ersten Aufschlag zur Kommunalwahl durchgeführt.

Doch das Risiko war uns zu groß. Die Gesundheit der Menschen ist das höchste Gut, daher haben wir auch eine Verantwortung mit daran zu wirken, die Verbreitung zu verlangsamen. Wir haben hierfür ausschließlich Zustimmung erfahren. In dieser Krise zeigen sich ohnehin unzählige Menschen sehr solidarisch. Das macht Mut!

Es werden kreative Lösungen für Probleme gesucht und gefunden, Nachbarschaftshilfe und Einkaufsdienste für Risikogruppen übernommen. Die Leute nehmen Rücksicht aufeinander. Die harten Maßnahmen bei der Bekämpfung stoßen auf viel Verständnis. Aber die Maßnahmen führen derzeit auch dazu, dass etliche Einzelhändler ihre Pforten nicht mehr öffnen dürfen. Sie führen dazu, dass medizinisches Personal, dass Ärzte, dass Mitarbeiter in Supermärkten, dass unser Ordnungsamt, unsere Polizei und viele andere an ihre Grenzen gehen.

Sie leisten unheimlich wertvolle Arbeit für die gesamte Gesellschaft und dies im Dauereinsatz. Ihnen gilt unser allerherzlichster Dank. Hier muss man natürlich auch die Krisenstäbe der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen nennen. Unter Leitung von Marcel Philipp und Dr. Tim Grüttemeier leisten die beiden Krisenstäbe Hervorragendes.

Dennoch ist die aktuelle Situation belastend: Nicht nur für die Mitmenschen in Quarantäne oder den Krankenhäusern, sondern auch, wie eben erwähnt, für unseren Einzelhandel, für Unternehmer, aber auch für Angestellte, die plötzlich in Kurzzeit arbeiten. Daher bin ich froh, dass die Bundesregierung und insbesondere auch unsere Landesregierung unter Armin Laschet schon einige Maßnahmenpakete auf den Weg gebracht haben.

Maßnahmen, die gerade dort ansetzen und über die schwierige Phase hinweg helfen sollen. Denn wir müssen auch jetzt schon an die Zeit „nach dem Coronavirus“ denken - auch wenn wir nicht voreilig das Risiko unterschätzen dürfen. Mit einer zweiten Welle, die eventuell sogar noch härter zuschlagen würde, wäre niemandem geholfen.

Vor diesem Hintergrund beschäftigen wir uns in unserer Kommunalwahlkommission selbstverständlich auch unter anderem mit diesen Fragen: Wie helfen wir dem Einzelhändler vor Ort? Kommt die Hilfe dort an, wo sie benötigt wird? Wie können wir unseren Unternehmern und den Menschen in Aachen bestmöglich durch diese Krise helfen und wie sind wir startklar für die Phase danach? Denn wir sollten trotz alledem optimistisch nach vorne schauen. Die Maßnahmen zeigen erste Wirkung - die Verbreitung wird langsamer und hoffentlich bringt die angestoßene Untersuchung im Kreis Heinsberg schon bald Erkenntnisse, die wir im Kampf gegen das Coronavirus nutzen können.

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund.

*Holger Brantin*

Ihr Holger Brantin



## Was ist uns Europa wert?

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

was ist uns Europa wert? Diese Frage beschäftigt uns derzeit auf europäischer Ebene in besonderem Maße. Denn die Verhandlungen über den nächsten langfristigen EU-Haushalt für die Jahre 2021-2027, den sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), sind in vollem Gange. Der MFR ist wegweisend dafür, wie die EU in Zukunft gestaltet wird. In diesem werden die Ausgaben der Union mit den politischen Prioritäten der nächsten Jahre abgestimmt.

Leider ist bei den Verhandlungen allerdings derzeit keine Einigung in Sicht. Die Gespräche sind komplex und gelten als die schwierigsten in der Geschichte der EU/EG. Bereits jetzt haben die Gesprächsrunden mehr Zeit in Anspruch genommen als die gesamten Verhandlungen über den letzten MFR für die Jahre 2014-2020. Nicht zuletzt erschwert der Brexit die Verhandlungen, denn durch den Austritt des Nettozahlers Großbritannien aus der Union entsteht eine Lücke von ca. 75 Milliarden Euro im EU-Budget. Hinzu kommen die ohnehin schon unterschiedlichen Interessenslagen der Mitgliedstaaten. Während Nettozahler wie Deutschland den Status quo beibehalten wollen und wie bisher 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens für den EU-Haushalt aufwenden wollen, setzen sich die Nettoempfänger, d.h. Länder, die von EU-Strukturfonds und Agrarzuschüssen profitieren, für ein höheres Budget und gegen Kürzungen bei Strukturhilfen ein.

Auch beim Sondergipfel des Europäischen Rates am 20. Februar konnte kein Kompromiss erzielt werden. EU-Ratspräsident Charles Michel hatte zuvor einen Kompromissvorschlag vorgelegt, der einen MFR in Höhe von 1,074 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der 27 EU-Mitgliedstaaten vorsieht. Dies entspricht 1095 Milliarden Euro. Der Vorschlag Kürzungen unter anderem in den Bereichen Landwirtschaft, Kohäsion, Infrastrukturinvestitionen, Digitalisierung, KMUs, Erasmus, Jugendarbeitslosigkeit und Verteidigung vor.

Der Vorschlag Michels liegt deutlich unter dem, was wir als Europäisches Parlament fordern, nämlich 1,3% des BNE. Uns Abgeordneten kommt in den Verhandlungen über den langfristigen EU-Haushalt eine nicht unerhebliche Rolle zu, denn der MFR bedarf letztlich unserer Zustimmung. EU-Parlamentspräsident David Sassoli hat bereits deutlich

gemacht, dass das Parlament keiner Vereinbarung zustimmen wird, die Kürzungen wichtiger EU-Programme wie etwa Erasmus+ oder essentieller Maßnahmen wie solcher zum Schutz der EU-Grenzen vorsieht. Natürlich sind wir grundsätzlich an einer Einigung interessiert. Wie haben jedoch signalisiert, dass wir bis zum Äußersten gehen und den neuen langfristigen EU-Haushalt ablehnen würden, sollten sich die Mitgliedstaaten nicht bewegen und die Positionen des Parlaments ignorieren.

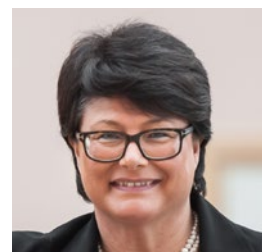
Für mich als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung sind insbesondere die vorgesehenen Kürzungen von EU-Mitteln für die Kreativbranche und den Bildungssektor nicht hinnehmbar. Ich kämpfe zurzeit mit aller Kraft für eine solide Ausstattung der Förderprogramme in diesen Bereichen. Meiner Ansicht nach ist es gerade in Zeiten wie diesen, in denen Populismus und Nationalismus in vielen Teilen Europas Zuspruch erfahren und EU-kritische Parteien auf dem Vormarsch sind, umso wichtiger, dass wir den Dialog und die gegenseitige Verständigung der Menschen innerhalb Europas stärken. Initiativen wie das erfolgreiche Austauschprogramm Erasmus+ oder das Programm Kreatives Europa, das Kooperationen im kreativen Sektor fördert, spielen hier eine zentrale Rolle. Kürzungen würden die kreative Zusammenarbeit innerhalb Europas und den Austausch untereinander maßgeblich beeinträchtigen und müssen daher mit aller Kraft verhindert werden.

Wir müssen begreifen, dass es beim EU-Haushalt nicht nur um abstrakte Zahlen geht. Vielmehr haben diese Zahlen ganz konkrete Auswirkungen auf das Leben aller Europäer. Im Interesse aller Europäer brauchen wir einen gut finanzierten EU-Haushalt, der es uns ermöglicht, Fortschritte zu erzielen und die politischen Prioritäten der Union umzusetzen. Es ist höchste Zeit, dass der Europäische Rat dies erkennt und sich auf einen ehrgeizigen MFR einigt.

Ihre Europaabgeordnete



Sabine Verheyen



## Hinweise zu Terminen und zur Kreisgeschäftsstelle:

### Keine Veranstaltungen

Aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus führen wir derzeit keine Veranstaltungen durch. Dies betrifft unter anderem die Stadtbezirksverbände, die Vereinigungen und die Arbeitskreise. Daher finden Sie für diesen Monat keine Terminankündigungen. Wir bitten um Ihr Verständnis.

### Kreisgeschäftsstelle vorerst geschlossen

Aufgrund des Coronavirus ist die Kreisgeschäftsstelle der CDU Aachen derzeit nicht für Besucher geöffnet. Wir bitten daher um telefonische Kontaktaufnahme unter 0241-470710 oder um Anfragen per E-Mail an [info@cdu-aachen.de](mailto:info@cdu-aachen.de) - auch hierfür bitten wir um Verständnis.

## Kommunalwahl 2020

### Wahl am 13. September 2020

Das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat mitgeteilt, dass man derzeit am aktuellen Zeitplan der Kommunalwahl 2020 festhalte. Demnach wird diese nach heutigem Stand am 13. September 2020 stattfinden. Eine mögliche Stichwahl für die Position des Oberbürgermeisters würde dann 14 Tage später - also am 27. September 2020 durchgeführt.

### Baal einstimmig als OB-Kandidat nominiert

Der Kreisvorstand hat in seinen letzten Sitzungen schon erste Weichen für die Kommunalwahl gestellt. Wer letztlich für den CDU Kreisverband Aachen ins Rennen geht, wird eine Kreisvertreterversammlung festlegen. Diese war zunächst für den 20. März 2020 angesetzt, wurde jedoch zur Eindämmung der Coronavirus-Verbreitung verschoben. Für die Position des Oberbürgermeisters wurde allerdings schon ein Kandidat nominiert. Der Kreisvorstand hat sich einstimmig für den derzeitigen Fraktionsvorsitzenden Harald Baal ausgesprochen.

Der Kreisvorsitzende Holger Brantin äußerte sich nach der Sitzung des Kreisvorstands: „Ich bin mir sicher, dass wir mit Harald Baal einen starken Kandidaten haben werden.“ Dieser wiederum zeigte sich sehr erfreut: „Ich danke dem Kreisvorstand für das sehr große Vertrauen und freue mich schon jetzt auf den bevorstehenden Wahlkampf“.

### Kommunalwahlkommission

Für den Wahlkampf wurde eine Kommunalwahlkommission gebildet, die regelmäßig tagt. Diese wird dem Kreisvorstand Bericht erstatten sowie Vorschläge und Konzepte erarbeiten. Wie der Wahlkampf unter den zwischenzeitlich sehr veränderten Umständen genau aussehen kann, muss nun auch neu gedacht werden. „Sicher ist aber: Wir wollen mit unseren Ideen und neuen Konzepten für unser lebenswertes

Aachen überzeugen“, so Holger Brantin und Harald Baal. Die Vorbereitungen für das Wahlprogramm laufen derzeit auf Hochtouren. Sicherlich werden auch die Folgen des Coronavirus berücksichtigt werden.

### Ratskandidaten

Der Kreisvorstand hat aber neben Harald Baal weitere Vorschläge für die Kreisvertreterversammlung verabschiedet. 29 Kandidaten für die Kommunalwahlbezirke und die Reserveliste wurde ihm Rahmen des Erweiterten Kreisvorstands einstimmig nominiert. Auch diese Kandidaten stellen sich bei der neu zu terminierenden Kreisvertreterversammlung zur Wahl.

### Pressekonferenz

Kurz nach der Kandidatur Harald Baals wurde im Restaurant „Elisenbrunnen“ eine Pressekonferenz organisiert, um den einstimmig vorgeschlagenen Kandidaten vorzustellen. Neben dem Kreisvorsitzenden Holger Brantin und dem Kandidaten Harald Baal konnte auch fast die gesamte Findungskommission teilnehmen.



Von links nach rechts: Kreisgeschäftsführer Stefan Dussin, Stellv. Fraktionsvorsitzende Iris Lürken, Kreisvorsitzender Holger Brantin, OB-Kandidat Harald Baal, stellv. Kreisvorsitzende Dr. Margrethe Schmeer, Schatzmeisterin Elke Eschweiler und Stellv. Kreisvorsitzende Annika Fohn

# Coronavirus: Pandemie mit Solidarität und Pragmatismus begegnen

Das neuartige Coronavirus „SARS-CoV-2“ und die damit verbundene Atemwegserkrankung COVID-19 bestimmen aktuell das öffentliche und politische Leben auf allen Ebenen. Ausgehend von der chinesischen Provinz Hubei wurden mehr und mehr Länder, darunter auch Deutschland mit zunächst wenigen Fällen konfrontiert. Die ersten nicht mehr präzise verfolgbaren Infektionsketten traten ab dem 25. Februar in Gefolge des ersten in NRW nachgewiesenen Falles in unserem Nachbarkreis Heinsberg in Erscheinung.

Inzwischen sind alle Bundesländer betroffen. Am 11. März erklärte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Ausbruch wegen der rapiden Fallzunahme offiziell zur Pandemie. Das Robert Koch-Institut (RKI), die zentrale Einrichtung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Krankheitsüberwachung und -prävention, begleitet den Ausbruch seit Beginn und passt seine Empfehlungen kontinuierlich an die dynamische Entwicklung an.

Seit wenigen Tagen schätzt das RKI die gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung in Deutschland derzeit insgesamt als hoch ein. Die Wahrscheinlichkeit für schwere Krankheitsverläufe nimmt mit dem Alter und bei Vorerkrankungen zu. Da im Moment weder eine Impfung noch eine Therapie zur Verfügung stehen, müssen alle Maßnahmen darauf abzielen, die Verbreitung zu verlangsamen.

## Beschlüsse: Ansteckungen vermeiden, Gesundheitssystem vorbereiten

Das Bundesministerium für Gesundheit hat den Deutschen Bundestag seit Ende Januar über erste Infektionen in Deutschland, Rückholflüge aus China, internationale Absprachen und weitere Aktivitäten des Bundes informiert. Sowohl im Ausschuss für Gesundheit als auch im Unterausschuss Globale Gesundheit haben sich die Beratungen seither zunehmend auf die Bekämpfung des Coronavirus fokussiert. Während anfangs Möglichkeiten der Gesundheitsämter vor Ort dominierten, zum Beispiel die

Anordnung von Quarantäne gemäß Infektionsschutzgesetz, rückte zuletzt die koordinierende Rolle des Bundes bei der bundeseinheitlichen Pandemiebekämpfung in den Vordergrund.

Seit Ende Februar tagt zweimal pro Woche der Krisenstab aus Bundesinnen- und Bundesgesundheitsministerium. Am 12. März einigte sich die Bundeskanzlerin mit den Bundesländern darauf, dass sich die Krankenhäuser auf den erwartbar steigenden Bedarf an Intensiv- und Beatmungskapazitäten vorbereiten. Am 16. März vereinbarten Bund und Länder eine einheitliche Linie aller Länder, um menschliche Kontakte im Alltagsleben weiter zu reduzieren und Infektionsketten frühzeitig zu unterbrechen. Zurzeit setzt die Bundesregierung europaweite Beschlüsse zu temporären Grenzkontrollen um und hat eine weltweite Rückholaktion gestartet.

Um die Folgen für unseren Arbeitsmarkt abzumildern, hat der Deutsche Bundestag am 13. März im Eilverfahren krisenbedingte Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld beschlossen. Darüber hinaus hat die Bundesregierung ein weitreichendes Maßnahmenbündel für Unternehmen aufgelegt und arbeitet derzeit an einem pragmatischen Hilfspaket für Selbstständige und Kleinbetriebe. Mein Appell an alle Aachenerinnen und Aachener: Seien Sie solidarisch, seien Sie geduldig!

## Tagesaktuelle Informationen zur Bekämpfung des Coronavirus „SARS-CoV-2“:

- Bundesregierung:

[www.bundesregierung.de/coronavirus](http://www.bundesregierung.de/coronavirus)

- Robert Koch-Institut:

[www.rki.de/covid-19](http://www.rki.de/covid-19)

- Landesregierung NRW:

[www.land.nrw/corona](http://www.land.nrw/corona)

- Stadt & StädteRegion Aachen:

[www.staedteregion-aachen.de/coronavirus](http://www.staedteregion-aachen.de/coronavirus)

(Rudolf Henke MdB)

## IMPRESSUM



**CDU-Kompakt** ist die parteiinterne Mitgliederinformation des CDU Kreisverbandes Aachen

Anschrift: Martinstraße 8

52062 Aachen

Telefon: 0241 / 470 710

Fax: 0241 / 470 7115

E-Mail: [redaktion@cdu-aachen.de](mailto:redaktion@cdu-aachen.de)

Internet: [www.cdu-aachen.de](http://www.cdu-aachen.de)

V. i. S. d. P.: Holger Brantin

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

### Die Bankverbindung der CDU Aachen:

Sparkasse Aachen

IBAN: DE21 3905 0000 0000 1241 72

BIC: AACSD33XXX